



Rathaus Umschau

Dienstag, 19. Juni 2018

Ausgabe 114

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Münchner Zukunftsdialo g : OB Reiter fordert soziales Bodenrecht	3
› Münchner Tanzboden im Hofbräuhaus München	5
› Beflaggung der städtischen Dienstgebäude am 20. Juni	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	6
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 20. Juni, 11 Uhr, Rathaus, Raum 209

Bürgermeisterin Christine Strobl, Sportreferentin Beatrix Zurek und Tischtennispielerin und Paralympicsteilnehmerin Lena Kramm informieren über die Hintergründe und Highlights des Münchner Inklusionssportfestivals: ein Festival für alle, ob mit oder ohne Behinderungen.

Anschließend wird live im Rathaus aufgeschlagen: Auf dem Programm steht Tischtennis für alle mit Lena Kramm – und zwar auf WM-Niveau.

Lena Kramm wurde 2017 Dritte bei den Weltmeisterschaften.

Achtung Redaktionen: Für Fotos und Filmaufnahmen werden die Protagonistinnen vor Ort ein kleines Tischtennis-Match austragen. Außerdem ist die Presse eingeladen, selbst mit den Anwesenden einige Bälle zu wechseln. Anmeldungen bis heute, 19. Juni, bei der Pressestelle des Referats für Bildung und Sport. Kontakt: Christina Warta, Telefon 233-8 35 31 oder per E-mail an presse.rbs@muenchen.de.

Freitag, 22. Juni, 16 Uhr, Angelika-Lex-Weg, Höhe Kazmairstraße 25

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht zur Einweihung des Angelika-Lex-Weges. Angelika Lex war Kommunalpolitikerin und Juristin, setzte sich für die Rechte von Geflüchteten ein und war eine engagierte Verteidigerin der Grund- und Bürgerrechte.

Freitag, 22. Juni, 17.30 Uhr, Kindertreff AKKU, Agilolfingerstraße 1

Der Kindertreff AKKU feiert sein 60-jähriges Bestehen. Bürgermeisterin Christine Strobl überbringt die Grußworte der Stadt.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr, Gaststätte „Zunfthaus“, Saal, Thalkirchner Straße 76 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt – Isarvorstadt).

Dienstag, 26. Juni, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 26. Juni, 19.30 Uhr, Sitzungssaal im Sozialbürgerhaus,
Meindlstraße 16 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling – Westpark). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Günter Keller statt.

**Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr, Mensa der Ludwig-Thoma-Realschule,
Fehwiesenstraße 118 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Meldungen

Münchner Zukunftsdialog: OB Reiter fordert soziales Bodenrecht

(19.6.2018) Oberbürgermeister Dieter Reiter hat seinen ersten „Münchner Zukunftsdialog“ zu einer der drängendsten Fragen gestartet, die die zukünftige Entwicklung Münchens und vieler anderer Kommunen maßgeblich bestimmt: Wie kann ein soziales Bodenrecht realisiert werden?

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die Gespräche haben mir gezeigt, dass wir beim Thema Begrenzung der Bodenpreise dringend die gesetzlichen Rahmenbedingungen verändern müssen. Dazu gehört, dass Gemeinwohlbelange, wie die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum und die soziale Infrastruktur, immer auch durch die Eigentümer zumindest mitgetragen werden müssen. Hierfür gibt es den ganz konkreten Vorschlag, eine Ermächtigungsgrundlage im Baugesetzbuch zu schaffen, so dass die Gemeinden eine eigene Satzung aufstellen können. Mit dieser können flächendeckend eine Mietpreis- und Belegungsbindung sowie die Beteiligung der Eigentümer an den Kosten der sozialen Infrastruktur durchgesetzt werden.“

Ich appelliere sowohl an die Bundes- als auch die Landesebene, endlich die Rahmenbedingungen für eine Bodenrechtsreform zu schaffen. Wir müssen der Endlosspirale steigender Mieten und Wohnungspreise auf allen Ebenen wirksame Instrumente entgegensetzen.“

In zwei Gesprächsrunden, die erste am 23. März 2018, die zweite gestern, hat der Oberbürgermeister renommierte Experten aus der Bundesrepublik zum Dialog nach München eingeladen. Ziel der Gespräche war es auszuloten, was rechtlich möglich und sinnvoll ist, um dem dramatischen Anstieg der Bodenpreise entgegenzuwirken und damit auch dafür zu sorgen, dass mehr bezahlbare Wohnungen in München entstehen. Teilnehmer waren neben OB Reiter Alt-Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, Professor

Dr. Dirk Löhr (Hochschule Trier), Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Stephan Gatz und Professor Dr. Christian-W. Otto (TU Berlin).

Alt-Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel erinnerte im ersten Gespräch daran, dass es bereits früher Initiativen gegeben habe, „fast alle Initiativen für grundlegende gesetzliche Änderungen sind damals aber gescheitert. Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Er ist unvermehrbar und unverzichtbar.“

Professor Dr. Dirk Löhr: „Kein Grundstückseigentümer hat den Wert seines Bodens selber geschaffen – er ergibt sich vielmehr aus Leistungen der Allgemeinheit. Diese hat auch ein Recht auf Kompensation, was Eingriffe in die Eigentumsrechte bei Boden bedeutet. Die Bodenfrage ist alt – und zugleich die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts.“

Dr. Stephan Gatz: „Fazit der Überlegungen ist, dass es einen Königsweg zur Lösung der Frage, wie das Bodenrecht sozial gestaltet werden kann, nicht gibt. Sonst hätte man ihn schon gefunden.“

Professor Christian-W. Otto: „Es geht darum, mit einem neuen städtebaulichen Instrument, die Belastung auf mehrere Schultern zu verteilen – dies ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.“

Die enormen Steigerungen der Bodenpreise sorgen für eine immer weitere Aufwärtsspirale der Mieten und Kosten der Kommunen. Seit 1950 bis jetzt haben sich die Baulandpreise in München um 34.000 Prozent (!) gesteigert. Zwar ist die Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) ein gutes Modell in München. Den enormen Anstieg der Bodenpreise konnte diese aber nicht verhindern.

Im Rahmen seines nun gestarteten „Münchner Zukunftsdialogs“ will OB Reiter mit Experten jeweils zentrale Fragen für die Zukunft der Stadt erörtern. Diese Gespräche sollen, losgelöst von Routine und bestehenden Verwaltungsaufgaben, aktuelle und zukünftige Münchner Themen aufgreifen. „Ziel ist es, die Diskussion über die Zukunft Münchens aktiv zu gestalten, zu steuern und neue Impulse zu setzen, immer mit der Zielrichtung, die Stadt zukunftsfähig zu machen und gleichzeitig konkrete Verbesserungen für das Leben der Menschen zu erreichen“, so Oberbürgermeister Reiter. Weil im Rahmen des Zukunftsdialogs ganz unterschiedliche Themen behandelt werden sollen, wird es keinen festen Kreis an Expertinnen und Experten geben. Vielmehr werden diese jeweils themenbezogen eingeladen, um in einem Austauschgespräch mit dem Oberbürgermeister zu diskutieren, dabei Ideen und neue Sichtweisen zu präsentieren. Darüber hinaus sollen auch interessierte Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und Vorschläge einbringen können.

Die drei ersten Themenkomplexe des „Münchner Zukunftsdialogs“ sind:

- Wohnen und Miete

- Verkehr und Mobilität
- Demokratie und Bürgerbeteiligung

Nähere Informationen zum Konzept des „Münchner Zukunftsdialogs“ und zum ersten Thema „Bodenpreis“ inklusive Bildmaterial sind online unter www.muenchen.de/zukunftsdialog abrufbar.

Münchner Tanzboden im Hofbräuhaus München

(19.6.2018) Das Kulturreferat der Landeshauptstadt und das Hofbräuhaus München laden am Freitag, 22. Juni, 19.30 Uhr, zum Münchner Tanzboden ein. Zur Live-Musik von der Seehof Musi vom Ammersee zeigt der Tanzmeister Philipp Korda alle Tänze vor und lädt zum Mittanzen ein. Mit einfachen Rhythmen und leichten Tanzfiguren ist der Münchner Tanzboden besonders auch für Einsteigerinnen und Einsteiger geeignet. Tanzvorkenntnisse oder Tracht sind nicht erforderlich; Einzeltänzerinnen und Einzeltänzer sind herzlich willkommen. Karten zu 10 Euro gibt es ab 18.30 Uhr an der Abendkasse im Erkerzimmer (2. Stock), Hofbräuhaus, Platzl 9. Es besteht keine Reservierungsmöglichkeit.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur oder auf facebook unter @kulturreferatvolkskultur.

Beflaggung der städtischen Dienstgebäude am 20. Juni

(19.6.2018) Aus Anlass des „Tages der Heimat“ und des „Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ werden am Mittwoch, 20. Juni, die städtischen Dienstgebäude beflaggt.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 19. Juni 2018

Live Stream Übertragung von Hearings, Konferenzen und ähnlichen Veranstaltungen aus dem Münchner Rathaus

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer (Fraktion FDP – HUT) vom 9.2.2018

Querung der Wotanstraße: Sicheren Schul- und Radweg nicht dem Baustellenverkehr opfern!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) vom 14.12.2017

Entwicklung des Schwimmbads des HVB-Clubs e.V.

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Ulrike Boesser, Verena Dietl, Christian Müller, Cumali Naz, Alexander Reissl, Heide Rieke, Klaus Peter Rupp, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion) vom 20.4.2018

Live Stream Übertragung von Hearings, Konferenzen und ähnlichen Veranstaltungen aus dem Münchner Rathaus

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilinhofer (Fraktion FDP – HUT)
vom 9.2.2018

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Sie hatten am 9. Februar 2018 beantragt, im Großen Sitzungssaal des Rathauses stattfindende Hearings, Konferenzen und ähnliche Veranstaltungen per Livestream zu übertragen.

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Alle grundlegenden Rahmenbedingungen für Livestream-Übertragungen aus dem Großen Sitzungssaal wurden vom Stadtrat bereits mit den Vollversammlungs-Livestream-Beschlüssen festgelegt.

Dies umfasst insbesondere

- die datenschutzrechtliche Erfordernis, dass nur die aktuell sprechende Person übertragen werden darf, die dazu vorab ihre – jederzeit widerrufbare – Einwilligung gegeben hat sowie
- die mit dem Gesamtpersonalrat vereinbarten Regelungen, dass keine städtische Dienstkraft als Rednerin/Redner aufgezeichnet bzw. übertragen wird. Dies gilt nicht für den Bürgermeister/die Bürgermeisterin, sowie für die Referentinnen/die Referenten und ihre Vertreterinnen/Vertreter im Abwesenheitsfall. Durch die Kameraführung/Bildausschnitt ist zudem sicherzustellen, dass grundsätzlich keine sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgezeichnet/übertragen werden bzw. eine Aufzeichnung/Übertragung auf das unabdingbare Maß beschränkt wird. In diesen unabdingbaren Fällen ist ebenfalls eine datenschutzrechtliche Einverständniserklärung der betroffenen Dienstkräfte erforderlich.

Auch die technische Infrastruktur (DSL-Business-Anschluss auf der Galerie des Großen Sitzungssaals) ist ebenso vorhanden wie ein Rahmenvertrag mit einem externen Dienstleister, der für die technische Umsetzung des Livestreams ein Komplettpaket zur Verfügung stellt – vom nötigen Übertragungsequipment und Streaming-Server über Kameramann und Streaming Operator bis zum Hosting der Videos on Demand in einer Mediathek.

In Absprache mit der Vergabestelle 1 und dem Dienstleister sowie der Geschäftsleitung des Direktoriums ist dieser Rahmenvertrag dahingehend er-

weitert worden, dass auch die Livestream-Übertragung von Stadtrats-Hearings und ähnlichen Veranstaltungen darüber beauftragt werden kann, solange der ursprüngliche Auftragswert durch zusätzliche Beauftragungen um nicht mehr als 20 Prozent überschritten wird.

Somit sind die Voraussetzungen gegeben, um aus dem Großen Sitzungssaal nicht nur die Vollversammlungen des Stadtrats per Livestream übertragen zu können, sondern auch bis zu zwei weitere Veranstaltungen im Jahr.

Das Presse- und Informationsamt wird deshalb im Sinne Ihres Antrags bei den regelmäßigen Treffen mit den Öffentlichkeitsbeauftragten der Referate darauf hinweisen, dass Stadtrats-Hearings oder Ähnliches durch die veranstaltenden Fachdienststellen im Großen Sitzungssaal grundsätzlich auch per Livestream übertragen werden können.

Inwieweit eine konkrete Veranstaltung – vor allem hinsichtlich Ablauf, Vortragende und Urheberrechte – für eine städtische Livestream-Übertragung geeignet erscheint, muss dann jeweils die ausrichtende Fachdienststelle entscheiden, die auch für die Übertragung verantwortlich wäre. Das Presse- und Informationsamt wird selbstverständlich die Fachdienststellen gerne beraten, was hier zu beachten ist.

Die so gewonnenen Erfahrungswerte, wie viele Hearings oder Ähnliches zusätzlich zu den Sitzungen der Vollversammlung im Jahr veranschlagt werden können, werden dann in die nächste Livestream-Ausschreibung einfließen.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Querung der Wotanstraße: Sicheren Schul- und Radweg nicht dem Baustellenverkehr opfern!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) vom 14.12.2017

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrem Antrag fordern Sie die Stadtverwaltung auf, die Radlammstreckenführung Hauptbahnhof-Laim-Pasing auf Höhe der Laimer Unterführung soweit wiederherzustellen, dass es auch für Schulkinder und andere Radler möglich ist, den Weg ohne gefährliche Ampelquerung zu nutzen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 14.12.2017 teilt das Baureferat aber Folgendes mit:

Der in Ihrem Antrag genannte provisorisch ausgebaute Fuß- und Radweg wurde 2016 gemäß dem Beschluss des Bauausschusses vom 5.4.2016 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 05205) in einfacher Bauweise mit einer Breite von 4,5 Metern durch das Baureferat hergestellt. Nach Anforderung durch die Deutsche Bahn wurde der provisorische Fuß- und Radweg vor Baubeginn der 2. S-Bahn-Stammstrecke wie vorgesehen zu Beginn der 1. Bauphase zurückgebaut, weil an dieser Stelle die planfestgestellte Baustraße verläuft.

In dem genannten Beschluss wird, wie bereits in dem vorangegangenen Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 20.6.2007 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 09878) darauf verwiesen, dass der Weg mit Beginn der vorlaufenden Baumaßnahmen für die 2. S-Bahn-Stammstrecke von der Öffentlichkeit für die Dauer der Gesamtbauzeit der 2. S-Bahn-Stammstrecke von rund 7 Jahren nicht mehr genutzt werden kann. Während dieser Zeit erfolgt die Wegeführung, wie in der Planfeststellung festgelegt, wieder wie vorher durch die angrenzenden Wohngebiete.

Der Bebauungsplan sieht vor, dass nach Abschluss der Bauarbeiten für die 2. S-Bahn-Stammstrecke ein standardgerechter Fuß- und Radweg auf der Trasse der Baustraße hergestellt wird.



Nördlich an die Baustraße angrenzend befinden sich gemäß Bebauungsplan Nr. 1925 festgesetzte ökologische Ausgleichsflächen, die bereits in Teilen hergestellt sind. Ein neuer provisorischer Weg wäre theoretisch auf diesen Flächen möglich, müsste aber wiederum ausgeglichen werden, einhergehend mit entsprechenden Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten. Hinzu kommt, dass die Flächen derzeit nicht im Eigentum der Stadt München sind.

Nach aktuellem Zeitplan der Deutschen Bahn beginnt die Baufeldfreimachung für die Umweltverbundröhre im März 2019. Ab September 2019 wird die Fuß- und Radwegquerung über die Wotanstraße zurückgebaut, sodass eine durchgehende Wegeverbindung auf Gleisniveau ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich ist.

In Anbetracht der zeitlichen Rahmenbedingungen ist die Weiterverfolgung eines erneut provisorischen Weges nicht erfolgsversprechend.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Entwicklung des Schwimmbads des HVB-Clubs e.V.

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Ulrike Boesser, Verena Dietl, Christian Müller, Cumali Naz, Alexander Reissl, Heide Rieke, Klaus Peter Rupp, Julia Schönfeld-Knor und Birgit Volk (SPD-Fraktion) vom 20.4.2018

Antwort Stadtschulrätin Beatrix Zurek:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Bei dem Inhalt Ihres Antrags handelt es sich jedoch um eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich, weshalb die Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

Gemäß Ihrem Antrag wurde das Referat für Bildung und Sport gebeten, weitere Verhandlungen mit dem HVB Club e.V. bezüglich einer Sanierung sowie einer späteren gemeinschaftlichen Nutzung zu führen.

Die Landeshauptstadt München hatte mehrfach gegenüber der HVB ihre Gesprächsbereitschaft signalisiert, um eine Wiederinbetriebnahme des Bades zu erreichen und durch die Anmietung von Schwimmzeiten für den Schul- und Vereinssport die Auslastung des Bades zu erhöhen und somit zur Wirtschaftlichkeit des Betriebs beitragen zu können.

Mittlerweile wurde von der HVB jedoch abschließend versichert, dass eine Wiederinbetriebnahme des Bades aufgrund technischer Probleme nicht möglich ist. Darüber hinaus gibt es aufgrund der veralteten Technik einen Sanierungsstau. Der Gesamtaufwand für die notwendige Generalsanierung des Bades wird seitens der HVB mit rund 3 bis 4 Mio. Euro eingeschätzt.

Die HVB wird weiterhin eine sportliche Nutzung des Geländes am Tucherpark fortführen und eigene Überlegungen zur Nachnutzung des Bades anstellen. An einer Kooperation mit der Landeshauptstadt München ist sie derzeit nicht interessiert.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 19. Juni 2018

Mehr Unterstützung und Prävention für von Genitalverstümmelung betroffene Frauen oder bedrohte Frauen und Mädchen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Verena Dietl, Renate Kürzdörfer, Haimo Liebich, Bettina Messinger, Christian Müller, Cumali Naz, Julia Schönfeld-Knor, Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD-Fraktion) und Sabine Bär, Anja Burkhardt, Beatrix Burkhardt, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Heike Kainz, Marian Offman, Frieder Vogelsgesang und Dorothea Wiepcke (CSU-Fraktion)

Vernichtung von günstigem Wohnraum nicht tatenlos zusehen! Eisenbahner-Genossenschaften retten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Alexandra Gaßmann, Marian Offman, Richard Quaas und Walter Zöllner (CSU-Fraktion)

Geduldetes Falschparken in der Münchner Altstadt?

Anfrage Stadträte Manuel Pretzl, Richard Quaas und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion)

Präsentation der Fahrradausstellung „FAHR RAD! Die Rückeroberung der Stadt“ in München

Antrag Stadtrats-Mitglieder Renate Kürzdörfer, Gerhard Mayer, Bettina Messinger und Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD-Fraktion)

Bezahlbaren Wohnraum von Genossenschaften auf Bundesimmobilien erhalten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Vielleicht geht doch a' bisserl was im Ostpark mit den Stockbahnen?

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 19.06.2018

Mehr Unterstützung und Prävention für von Genitalverstümmelung betroffene Frauen oder bedrohte Frauen und Mädchen!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Angebot für die von Genitalverstümmelung betroffenen bzw. bedrohten Frauen und Mädchen in München bedarfsgerecht zu erweitern. Dazu schlagen wir insbesondere vor:

1. Das vorhandene Beratungsangebot „Wüstenrose/IMMA e. V.“ wird um eine halbe Stelle erweitert.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt stellt zusätzliche Mittel für die Verbesserung der medizinischen Versorgung für von FGM (Female Genital Mutilation) betroffene Frauen und Mädchen zur Verfügung. Fachkräfte aus dem gynäkologischen und pädiatrischen Bereich in München werden durch entsprechende Fortbildungsangebote und Informationsmaterialien zu dem Thema sensibilisiert. Eine Vernetzung der Fachkräfte im ambulanten und stationären Bereich wird überdies gefördert.
3. Die Ausbildung und die fachliche Begleitung eines Pools von Kulturmittlerinnen und Kulturmittler betroffener Herkunftsländer wird logistisch und finanziell vom RGU unterstützt.
4. Die Aufklärungsarbeit der Kulturmittlerinnen und Kulturmittler wird intensiviert. Zusätzlich werden Angebote zur (Gesundheits-)Prävention weiter ausgebaut.
5. Der Oberbürgermeister der LH München wird gebeten, sich mit der Kassenärztlichen Vereinigung für eine Anpassung der Gebührenordnung zugunsten von Ärztinnen und Ärzten, die vom FGM betroffenen Frauen beraten und behandeln, einzusetzen.

Begründung

Im Dezember 2017 lebten in der LH München laut statistischem Amt 11.370 weibliche Personen, die

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

aus einer Nation stammen, in dem die genitale Beschneidung / Genitalverstümmelung praktiziert wird oder wurde. Am 31.12.2010 wurden 3.438 weibliche Personen mit der Nationalität eines dieser Länder verzeichnet. Damit hat sich die Zahl der betroffenen Frauen und Mädchen in den letzten Jahren in München verdreifacht.

Die Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen kann schwerwiegende körperliche und seelische Folgen haben. Zu den teils gesundheitlichen Folgen zählen Infektionen, schwere Schädigungen der reproduktiven und sexuellen Gesundheit, chronische Schmerzen, schwere Geburtskomplikationen und erhöhte Infektionsgefahr für HIV. Dadurch ist auch die Gefahr der Mütter- und Kindersterblichkeit deutlich erhöht. In einigen Fällen führen die Verstümmelungen oder ihre Folgen zum Tod.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dringend für ein adäquates Unterstützungsangebot in München ein. Ein wichtiges Anliegen ist uns neben der Aufklärungsarbeit, insbesondere die Verbesserung der medizinischen Versorgung sowie Angebote der (Gesundheits-)Prävention.

gez.

Christian Müller
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Bettina Messinger
Cumali Naz
Haimo Liebich
Verena Dietl
Kathrin Abele
Julia Schönfeld-Knor
Renate Kürzdörfer

Stadtratsmitglieder der SPD-Fraktion

Marian Offman
Beatrix Burkhardt
Sabine Bär
Anja Burkhardt
Ulrike Grimm
Heike Kainz
Dorothea Wiepcke
Frieder Vogelsang
Alexandra Gaßmann

Stadtratsmitglieder der CSU-Fraktion

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Walter Zöller
Stadträtin Kristina Frank
Stadtrat Marian Offman
Stadträtin Alexandra Gaßmann

ANTRAG

19.06.2018

Vernichtung von günstigem Wohnraum nicht tatenlos zusehen! Eisenbahner-Genossenschaften retten.

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Bundesfinanzminister Gespräche über eine „Rettung“ des bisher günstig vermieteten Wohnungsbestandes der Eisenbahner-Genossenschaften zu führen, mit dem Ziel, dass entweder die Erbpacht zu den bisherigen Konditionen verlängert wird oder gemeinsam mit den Genossenschaften ein Plan entwickelt wird, wie ein Kaufpreis für Grund und Boden, von den Genossenschaften selbst finanziert werden kann, ohne die bisherigen sozialen Mieten wesentlich erhöhen zu müssen.
2. Der Oberbürgermeister ergreift auch im Deutschen Städtetag die Initiative für einen Erhalt der vergleichsweise günstig vermieteten Eisenbahner-Genossenschaftswohnungen, auch über das Auslaufen der bisherigen Erbpachtverträge hinaus und stellt ein Bündnis der davon auch betroffenen anderen Städte und Gemeinden in Deutschland her, damit mit mehr Nachdruck in Berlin verhandelt werden kann.

Begründung:

Nach dem bevorstehenden Ablauf der Erbpachtverträge vieler Eisenbahner-Wohnungs-genossenschaften aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, droht bei einer marktorientierten Verwertung der im Bundeseisenbahnvermögen befindlichen Grundstücke, in München ein dramatischer Abbau günstigen Wohnraums, der Angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht hinnehmbar ist. Hier steht der Bund als Eigentümer der bebauten Grundstücke, mit dem Bundesfinanzminister an der Spitze, in einer besonderen Verantwortung, nicht nur in München, sondern im gesamten Bundesgebiet. Vernichtung günstigen Wohnraums durch eine Gesellschaft des Bundes kann und darf im Ernst nicht mehr vorkommen! Angestrebt werden muss, entweder eine Erneuerung der Erbpachtverträge um eine weitere Höchstlaufzeit zu den bisherigen Konditionen oder eine Vereinbarung, wie die Genos-

senschaften, den Grund, auf dem deren Häuser stehen, zu Preisen erwerben können, der den Erhalt der günstigen Mieten für den berechtigten Personenkreis sicherstellt. Der OB sollte den Bund an seine Verpflichtungen im Wohnungsbau nachdrücklich erinnern.

Initiative:

Richard Quaas
Stadtrat

Walter Zöllner
Stadtrat

Kristina Frank
Stadträtin

Marian Offman
Stadtrat

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss
Stadtrat Richard Quaas

ANFRAGE

19.06.2018

Geduldetes Falschparken in der Münchner Altstadt?

Seit Donnerstag, den 07.06.18, findet täglich von 9 Uhr bis 21 Uhr in den Räumen der „Alten Bayerischen Staatsbank“ die Stimmabgabe zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der Republik Türkei für ganz Südbayern statt.

Bereits an den ersten Wahltagen kam es zum vorprogrammierten Verkehrs- und Parkchaos. Beiliegendes Bild zeigt eine Situation am Sonntag, an der Kreuzung Pormenadenplatz - Kardinal-Faulhaberstraße, wo sämtliche Taxistellplätze und auch die Stellplätze für die Einsatzfahrzeuge der Polizei, die eindeutig als solche ausgewiesen sind, zugeparkt werden. Die Insassen der Fahrzeuge waren beim Aussteigen eindeutig erkennbar.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wieso wird seitens der Parkraumüberwachung der Landeshauptstadt München nichts gegen diese Situation unternommen?
2. Was unternimmt die Polizei gegen das Zuparken?
3. Wird dieses Verhalten ggf. stillschweigend geduldet, um nicht in den Verruf zu kommen, die Wahl der Republik Türkei behindert zu haben?

Initiative:

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Hans Theiss
Stadtrat

Richard Quaas
Stadtrat



Bildquelle: privat Stadtrat Johann Sauerer

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 19.06.2018

Präsentation der Fahrradausstellung „FAHR RAD! Die Rückeroberung der Stadt“ in München

Antrag

Die Landeshauptstadt München wird gebeten, die derzeit im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt (DAM) gezeigte Ausstellung „FAHR RAD! Die Rückeroberung der Stadt“ zur Förderung der Fahrradkultur auch in München zu präsentieren.

Begründung

Seit 21.4.2018 bis 2.9.2018 läuft im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt mit großem Erfolg eine Ausstellung, die zeigt, wie der Weg zu einer nachhaltigen und sozialen Stadt auch über eine fahrradgerechte Stadtplanung führen kann.

Die Ausstellung ist äußerst sehenswert und von den Kuratoren mit sehr viel Fachkompetenz erstellt worden. Deshalb hat sie auch eine überregionale Beachtung in der Presse gefunden (siehe Artikel im SZ – Feuilleton vom 23.4.2018: „Schöner Treten – Urbanismus“).

Auf ca. 50 Tafeln und Großbildern werden positive Beispiele gezeigt, was acht Städte und Regionen (Kopenhagen, New York, Karlsruhe, Oslo, Portland, Barcelona, das Ruhrgebiet und Groningen) ganz gezielt für die Steigerung des Radverkehrsanteils am „modal split“ (17 % in München, Stand 2011) tun. Außerdem werden 26 internationale Projekte mit speziellen Lösungen zum Radverkehr vorgestellt, wie eine fahrradgerechte Infrastruktur aussehen kann, die in Zukunft noch mehr Menschen auf das Rad lockt und Städte lebenswerter macht. Die Ausstellung hat das Ziel, „eine integrierende Debatte mit den Verantwortlichen anzustoßen und die verschiedenen Disziplinen zum Austausch und zur Zusammenarbeit anzuregen. Auch die breite Öffentlichkeit soll eingebunden werden.“ (Quelle: Exposé Ausstellungswanderung)

Die Ausstellung benötigt einen Platzbedarf von ca. 500 Quadratmetern und könnte z. B. im Foyer des Baureferates gezeigt werden. Zur Ausstellung ist außerdem ein ausführlicher Katalog (280 Seiten mit

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

220 Abbildungen) erschienen, der ebenfalls mit Fachführungen angeboten werden könnte. Alle Informationen sind in dem „Exposé Ausstellungswanderung“ enthalten, das bei der Kontaktadresse info.dam@stadt-frankfurt.de angefordert werden kann.

gez.

Dr. Constanze Söllner-Schaar
Bettina Messinger
Renate Kürzdörfer
Gerhard Mayer

Stadtratsmitglieder

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 19.06.2018

Bezahlbaren Wohnraum von Genossenschaften auf Bundesimmobilien erhalten

Antrag

Der Oberbürgermeister setzt sich mit Vertretern der Bundesregierung, insbesondere mit dem Finanz- und Verkehrsministerium, ins Benehmen, um eine zeitnahe Lösung für den durch auslaufende Erbbaurechte drohenden Verlust von bezahlbarem Genossenschaftlichen Wohnraum zu finden. Hierbei wird auch – in Absprache mit den betroffenen Genossenschaften – geprüft, wie die LH München im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen die Erstzugriffsoption für Kommunen auf die Liegenschaften des Bundes in diesem Falle (Bundeseisenbahnvermögen) nutzen kann und unter welchen Bedingungen die LH München diese an die Genossenschaften in Erbpacht vergeben kann.

Begründung:

Seit vielen Jahren ist das Problem auslaufender Erbbaurechte von Post- und Eisenbahnwohnbaugenossenschaften bekannt. Bereits vor 6 Jahren war in der Presse zu lesen, dass nach einer „Lex München“ für 20.000 Wohnungen in München höhere Mieten drohen. Der Bund will Grundstücke, die bisher Genossenschaften überlassen sind und die relativ günstig vermietet werden, zum Höchstpreis verkaufen. Eigentlich sollten Bundesimmobilien dem Gemeinwohl dienen.

Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung wurde festgehalten, dass

- der Bestand an bezahlbarem Wohnraum gesichert wird
- die Kommunen eine Erstzugriffsoption auf alle entbehrlichen Liegenschaften des Bundes bekommen sollen
- der soziale Wohnungsbau mindestens auf heutigem Niveau langfristig verstetigt werden soll

Die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum hingegen findet sich nicht im Koalitionsvertrag.

Da in den vergangenen Jahren keine für alle Seiten vertretbare Lösung gefunden werden konnte, ist die Verunsicherung von tausenden Mietern groß. Die Zeit drängt. Die Stadtspitze ist aufgefordert, jetzt in dieser verfahrenen Situation die Initiative zu ergreifen. Es muss dringend geprüft werden, wie die Stadt im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen zwischen Baugenossenschaften und Bund als Käufer eintreten kann, um den bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern. Es kann nicht sein, dass die Erstzugriffsoption nur für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) gilt. Auch das „Bundeseisenbahnvermögen“ gehört zu 100% dem Bund.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Gülseren Demirel

Dr. Florian Roth

Katrin Habenschaden

Dominik Krause

Paul Bickelbacher

Herbert Danner

Lydia Dietrich

Anna Hanusch

Jutta Koller

Sabine Krieger

Hep Monatzeder

Sabine Nallinger

Thomas Niederbühl

Oswald Utz

Mitglieder des Stadtrates



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19.06.2018

ANTRAG

Vielleicht geht doch a`bissel was im Ostpark mit den Stockbahnen?

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bei der Regierung von Oberbayern eine Förderunschädlichkeit für die vorgezogene Sanierung der Stockbahnen im Ostpark zu erbitten.

Begründung:

Der Ostpark, beliebter, niederschwelliger und kostenfreier Sport- und Freizeittreff im Osten Münchens, ist in die Jahre gekommen. Die Ballspielplätze und weitere Sanierungen sind in den letzten Jahren bereits durchgeführt worden. Aktuell ist auch das sog. „Ochsenklavier“ entfernt und geteert worden. Es hakt jetzt an den vier Stockbahnen, die einer Sanierung bedürfen. Sie sind bis auf eine zwar verkehrssicher, aber die Stöcke bleiben hängen, gleiten nicht und triffen seitlich weg.

Mehrere Ansätze, eine zeitnahe Sanierung zu erreichen, sind in der Verwaltung bisher gescheitert. Die Ostparkaufwertung soll im Rahmen der Städtebauförderung grundlegend untersucht, saniert und weiterentwickelt werden. Voraussichtlich wird der Stadtrat im Sommer 2020 erst einmal die Planungen beraten. Mit Sicherheit werden dann noch mehrere Jahre ins Land gehen, bis die Ostparkmaßnahme abgeschlossen sein wird.

Begründet wird die Ablehnung der Sanierung der Stockbahnen derzeit damit, dass eine vorgezogene Durchführung der Maßnahme für die Förderung durch die Regierung von Oberbayern schädlich sei. Nach Schätzungen des Baureferates handelt es sich dabei um Kosten in Höhe von insgesamt 50.000 Euro.

Die Wartezeit bis zur Ostparkaufwertung und damit bis zur Sanierung der vier Stockbahnen dauert zu lange. Die Münchnerinnen und Münchner wollen und sollen jetzt ihrem Freizeitsport nachgehen können.

Initiative:

Eva Caim, Richard Progl

weitere Fraktionsmitglieder:

Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Mario Schmidbauer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 19. Juni 2018

Fördergelder ermöglichen Weiterentwicklung der MVV-EFA
Pressemitteilung MVV

München, 19. Juni 2018

Fördergelder ermöglichen Weiterentwicklung der MVV-EFA

Mit dem Projekt „*Bel AiR – Bessere Luft durch Auskunftssysteme für intermodales Routing im MVV*“ werden über die elektronische Fahrplanauskunft des MVV (EFA) künftig nicht nur Informationen zu den vielfältigen Mobilitätsangeboten im MVV-Verbundraum bereitgestellt, sondern dem Fahrgast auch direkt in „intermodalen Reiseketten“ in der Fahrplanauskunft vorgeschlagen. Damit wird die EFA sowohl im Web als auch als mobile Applikation hin zu einer zukunftsfähigen, intermodalen Mobilitätsplattform weiterentwickelt. Möglich wird dies durch eine Förderung des Bundesverkehrsministeriums. Der Förderbescheid wurde am Freitag von Bundesminister Andreas Scheuer in Berlin überreicht.



Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, und Dr. Markus Haller, Leiter des Bereiches Konzeption der MVV GmbH, bei der Übergabe des Förderbescheids.

Foto: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Schon jetzt beherrscht die EFA ein durchgängiges Tür-zu-Tür-Routing und bezieht Fußwege und Bedarfsverkehre ebenso in die Wegeplanung mit ein wie grundlegende intermodale Aspekte (Park and Ride, Bike and Ride) – also die Kombination verschiedener Verkehrsträger und Mobilitätsformen. Besonders steht bei *Bel AiR* die Integration von modernen Mobilitätsangeboten wie Car- oder Bikesharing und Taxifahrten im Fokus, um damit Takt-

OFFEN-INFO
PRESSE-INFO

und Anschlusslücken des ÖPNV-Angebots zu schließen. Auch Aspekte dynamischer Parkleitsysteme werden im Projekt aufgegriffen und bestehende Funktionalitäten weiterentwickelt.

MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag freut sich über die Förderung aus Berlin: „Mit gezielter Information wird die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gestärkt und Zugangshemmnisse zu bestehenden, alternativen Mobilitätsangeboten können abgebaut werden.“

Zunächst sollen die in der MVV-Auskunft bisher nicht berücksichtigten Mobilitätsangebote eruiert und dann in einem zweiten Schritt in die interaktive Karte der Fahrplanauskunft aufgenommen werden. Im dritten Schritt werden diese Angebote dann in das Auskunftssystem der elektronischen Fahrplanauskunft integriert.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Stickstoffoxid-Belastung und dem sich verändernden Mobilitätsverhalten der Gesellschaft ist eine intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsträger und Mobilitätsangebote zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs unumgänglich. Bundesminister Andreas Scheuer verlieh deshalb am 15. Juni 2018 in Berlin die ersten 60 Förderbescheide im Rahmen der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ mit einem Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Euro. Die Förderrichtlinie bietet Kommunen und Institutionen die Möglichkeit, Maßnahmen zur nachhaltigen Gestaltung des Verkehrssystems, die für eine Einhaltung der Luftschadstoffgrenzwerte von Bedeutung sind, umzusetzen. Die Richtlinie ist Teil des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017-2020“ der Bundesregierung. ■



PRESE-INFO

Partner

